Nr. 77 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr [1]

R 43-I/215, Bl. 272–276

Beginn: 16:30

Der Herr *Reichskanzler* dankte den Anwesenden [2] für ihr Erscheinen und führte aus, daß es sich bei der jetzigen Zusammenkunft darum handele, sich über die Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes auszusprechen.
Der Herr *Reichskanzler* gab einen Rückblick auf die bisherige Entwickelung des passiven Widerstandes und zählte die Gründe auf, welche die Reichsregierung zu der Überzeugung geführt hätten, daß der Widerstand eingestellt werden müsse [3].
Das Reichsministerium sei einmütig der Auffassung, daß eine Fortführung des Widerstandes undurchführbar sei, ohne den völligen Zusammenbruch der deutschen Währung und Wirtschaft herbeizuführen, daß aber auch von einer etwaigen Fortsetzung des Widerstandes außenpolitische Vorteile nicht zu erwarten seien. In einer Besprechung mit den Parteiführern aus den besetzten Gebieten habe sich Übereinstimmung mit der Auffassung der Reichsregierung ergeben [4]; er bitte nunmehr auch die Anwesenden, ihre Stellungnahme zu der Frage mitzuteilen. Es handelt sich dabei nicht um eine Übernahme der Verantwortung für den Schritt, welche allein von der Reichsregierung getragen werde.
Was nun folgen werde, sei nicht zu übersehen, da die Haltung der Okkupationsmächte nicht feststehe. In jedem Falle jedoch sei die Reichsregierung entschlossen, etwaige Forderungen der Alliierten, die auf eine Abtrennung deutschen Gebiets hinausliefen, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und gleichzeitig sich dafür einzusetzen, daß in der Frage der Rückkehr der Vertriebenen und Amnestie der Verurteilten den deutschen Forderungen Rechnung getragen werde.
Geheimrat Louis Hagen-Köln stimmte den Ausführungen des Reichskanzlers zu und stellte fest, daß der passive Widerstand von Anfang an zeitlich begrenzt gewesen sei. Nachdem die Grenze erreicht sei, gebe es nichts anderes, als die notwendigen Folgerungen aus der Lage zu ziehen.
Er begrüßte die Erklärung des Reichskanzlers, keine Annektion anzuerkennen, meinte aber, daß auch die Rückkehr der Vertriebenen und die Amnestierung der Verurteilten eine Bedingung des Friedensschlusses mit den Alliierten bilden müsse.
Geheimrat Hagen gab namens seiner Freunde [5] folgende Erklärung ab:
„Die Reichsregierung darf sich nicht an den Gegner wenden, sondern an das deutsche Volk, dem das Recht der Selbstbestimmung zusteht. Die Bewohner des besetzten Gebiets haben das vollste Verständnis für die Gründe, welche eine Fortsetzung des Widerstandes für die Reichsregierung unmöglich machen.

---

1 Vgl. hierzu Vermächtnis I, S. 133 f.
2 Eine Anwesenheitsliste zu dieser Besprechung konnte nicht ermittelt werden. Über den eingeladenen Personenkreis orientiert eine Liste, die offensichtlich vom RMinbesGeb. der Rkei übersandt worden ist (R 43-I/215, Bl. 279–280). Sie entspricht dem Vorschlag vom 21.9.23 (s. Anm. 11 zu Dok. Nr. 71). Das Protokoll der Besprechung führte Kiep.
3 S. hierzu Stresemanns Ausführungen in der vorhergehenden Besprechung (Dok. Nr. 76).
4 S. Dok. Nr. 76.
5 D. h. für die DVP; s. dazu u. in Anm. 33 den Bericht Moldenhauers über die Nachmittagssitzung vom 24.9.23. Hagen war eingeladen worden als Mitglied des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebiets.

Der Herr Reichskanzler hat namens der Regierung den Vertretern des besetzten Gebiets erklärt, daß der passive Widerstand vom Reiche nicht mehr finanziert werden könne und daß mangels finanzieller Mittel auch in außenpolitischer Beziehung ein Erfolg von der Fortsetzung des Widerstandes nicht zu erwarten ist.
Die Vertreter der Bevölkerung des besetzten Gebiets haben hiervon Kenntnis genommen und ziehen aus der Erklärung alle Folgen. Sie werden im Einvernehmen mit der Regierung die Bevölkerung zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern. Oberster Leitsatz ist die Einheit des Reiches: Mit Preußen und Deutschland zu leben und zu sterben, soll das Los der Bewohner des Rhein- und Ruhrgebiets sein."
Herr Meyer-Düsseldorf [6] erklärte, daß er den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers beipflichten und die Folgerungen aus denselben ziehen müsse. Wenn auch das Verhalten des Gegners wenig Hoffnung offen lasse, so müsse trotzdem alles getan werden, um zu Verhandlungen mit ihm zu kommen. Der Widerstand müsse aufgegeben werden in der Annahme und Erwartung, daß die deutschen Wünsche hinsichtlich Amnestie und Rückkehr der Vertriebenen erfüllt würden.
Es gebe noch viele Einzelfragen, die der Regelung bedürften, insbesondere bezüglich der Modalitäten der Rückkehr der einzelnen Bevölkerungsgruppen zur Arbeit. Jedenfalls könne die Unterstützung nicht von einem Tage zum anderen abgeschnitten werden, vielmehr komme nur ein allmählicher Abbau in Frage [7].
Herr Lensing-Dortmund [8] begrüßte den Entschluß der Reichsregierung, Gebiet und Hoheitsrechte am Rhein und an der Ruhr unter allen Umständen zu wahren. Für die Bevölkerung sei jedoch fast ebenso dringend die Frage der Rückkehr und der Amnestie. Hierüber müsse Klarheit geschaffen werden, sonst sei zu befürchten, daß ein Chaos entstehe.
Herr Scheffel erklärte namens der Eisenbahner als derjenigen Arbeitnehmer, die nach seiner Auffassung bei der Führung des Widerstandes in vorderster Reihe gestanden hätten, seine Zustimmung zu der Auffassung der Reichsregierung und begrüßte den Entschluß, die Unversehrtheit des Reichsgebiets zu wahren und für die Ausgewiesenen und Verurteilten das Möglichste zu tun.
Das Hauptziel müsse sein, die Wiederaufnahme der Arbeit in geschlossener Form sich vollziehen zu lassen. Dabei entstünden gerade für die Eisenbahner viele Einzelfragen, für deren Beantwortung er dankbar sein würde: z. B., wo müsse der Eisenbahner sich melden? usw. [9].
Zum Schlusse erklärte *Herr Scheffel*, es sei festzustellen, daß die Lasten des Ruhrkampfes nicht von allen Bevölkerungsschichten gleichmäßig getragen seien. Insbesondere hätten nicht alle wohlhabenden Kreise diejenigen Opfer gebracht, welche für sie möglich gewesen wären [10].
Herr Meesmann [11] meinte, es habe wenig Zweck, wegen des Verhaltens in der Vergangenheit sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Im übrigen stimme er der Auffassung der Regierung hinsichtlich der Aufgabe des Widerstandes zu und stelle den nachstehenden Antrag:
„Wenn die Unmöglichkeit für die Reichsregierung besteht, den Kampf im Ruhrgebiet fortzusetzen, so verlangt die Versammlung doch, daß die Regierung zu keiner Vereinbarung mit den Feinden die Hand bietet, die nicht die Amnestie für alle infolge des Ruhrkampfes verurteilten Personen und das Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre alten Wohnstätten und ihren Beruf gewährleistet in sich schließt [12]."
Herr Kurtscheid [13] schloß sich der Auffassung des Herrn Meesmann [!] an, daß gewisse Volksteile nicht nur nicht genügende Opfer gebracht, sondern zum Teil sogar aus dem passiven Widerstand ein

6 Meier dürfte als Arbeitnehmervertreter des Abwehrausschusses Unna gesprochen haben.
7 S. dazu die Ausführungen Mönnigs und Meerfelds in der Mittagsbesprechung (Dok. Nr. 76).
8 Druckereibesitzer, war Mitglied des westfäl. Provinzialausschusses und von diesem in den RR entsandt.
9 S. dazu Dok. Nr. 81.
10 Vgl. dazu auch die Äußerungen in Dok. Nr. 39.
11 Meesmann war Syndikus der Handelskammer Mainz.
12 Der hs. Entw. dieser Erklärung befindet sich in R 43-I/215, Bl. 278.
13 Kurtscheid aus Köln war Vorsitzender des christl. Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Vorl. RWiR.

Geschäft gemacht hätten. Von ihnen müsse man jetzt unbedingt materielle Opfer fordern. Gegenüber der bestehenden Gefahr von Putschversuchen im besetzten und unbesetzten Gebiet sei es Aufgabe der Regierung, die Führung fest in die Hand zu nehmen und klare Richtlinien an die Bevölkerung herauszugeben [14].

Der *Herr Reichsminister für die besetzten Gebiete* teilte mit, daß es nicht möglich sei, auf alle Einzelfragen hinsichtlich der Art der Arbeitsaufnahme erschöpfend zu antworten, da man noch nicht wisse, wie der Gegner sich verhalten werde. Immerhin würde alles getan, um eine systematische Zusammenarbeit zu gewährleisten, und es sei selbstverständlich, daß die Unterstützungen nicht von heute auf morgen aufgebaut [!] werden könnten. Für die jetzige Entschließung übernehme die Reichsregierung zwar die Verantwortung. Sie wünsche jedoch die Zustimmung der Vertreter der betroffenen Bevölkerung dazu.

Dr. Seidel [15] stimmte der Entschließung der Reichsregierung zu, bat jedoch die Unterstützungen nicht sofort aufhören zu lassen, sondern allmählich abzubauen.

Herr Wiesenthal (Vertreter der Beamtenarbeits-Gemeinschaft Rhein-Ruhr) führte aus, daß, was auch für gegenseitige Vorwürfe von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhoben würden, die Beamtenschaft keinerlei Vorwurf treffe. Für sie komme es hauptsächlich auf die Modalitäten der Wiederaufnahme der Arbeit und auf die Rückkehr der Ausgewiesenen an.

Herr Wiesenthal überreichte folgenden Antrag [16]:

„Die B.A.G. Rhein-Ruhr hat immer den Standpunkt vertreten, daß die Waffe des passiven Widerstandes nicht einen Tag länger gebraucht werden dürfe, als es das Lebensinteresse des deutschen Volkes erfordert. In der Einstellung der deutschen Beamtenschaft liegt kein Grund zur Aufgabe des passiven Widerstandes [17]. Glauben die politisch verantwortlichen Stellen des deutschen Reiches, diesen Weg gehen zu müssen, so erheben wir nach wie vor folgende Grundforderungen:

1. Freilassung aller aus Anlaß des passiven Widerstandes Verurteilten.

2. Rückkehr aller Ausgewiesenen und Verurteilten in ihre Heimat.

3. Verantwortung der Beamten in Rheinland-Westfalen nur deutschen Behörden gegenüber, d. h. gleichzeitig, daß Rheinland-Westfalen einschließlich seiner Verkehrsmittel deutsch [!] unter deutscher Oberhoheit bleiben [18].

14 Am 22.9.23 hatte die RReg. eine Warnung vor Putschversuchen erlassen (Schultheß 1923, S. 176); sie muß wohl auch in Verbindung mit Waffenfunden in Berlin gesehen werden (s. dazu Dok. Nr. 83, P. c. und Anhang Nr. 1).

15 Es handelt sich wahrscheinlich um den DVP-LT-Abg. Bergrat Seidel aus Düsseldorf.

16 Der Antrag liegt in R 43-I/215, Bl. 277 im maschinenschriftl. Original vor. Er ist u. a. unterschrieben von dem Postinspektor und Vorsitzendem des Landesverbandes der Beamten in Köln Hartig.

17 Danach im Original ausgestrichen: „bzw. zu einer bedingungslosen Kapitulation“.

18 Erst nachträglich in das Original hs. eingefügt.

Die Erfüllung dieser Forderung sehen wir als [19] Voraussetzung jeder Verständigung an [20]."

Herr Erkelenz stimmte der Auffassung der Regierung über die Lage und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen zu; allen, die unter der Besetzung gelitten hätten, insbesondere der Beamtenschaft, gebühre Dank und Anerkennung. Die Arbeit müsse geschlossen wieder aufgenommen werden [21].
Herr Müller [22] erklärte, daß er die Mitteilungen des Herrn Reichskanzlers entgegennehme und die gleichen Folgerungen daraus ziehe wie die Reichsregierung, hinter welche er sich stelle.
Herr Markmüller [23] stimmte ebenfalls zu und wies darauf hin, daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Arbeit geschlossen und unter Leitung der berufenen Führer wieder aufzunehmen.
Herr Leuschner [24] stimmte ebenfalls dem Entschlusse der Regierung zu und forderte insbesondere eine Art von Demobilmachungsplan für die Durchführung des Entschlusses.
Herr Oberbürgermeister Jarres stellte fest, daß wohl sämtliche Anwesenden der Notwendigkeit, den Widerstand aufzugeben, beipflichteten. Es entstehe aber nunmehr die Frage, was weiterhin kommen werde, und hier sei er der Auffassung, daß die Reichsregierung, da für eine Verständigung mit den Franzosen doch keine Aussicht bestehe, öffentlich erkläre, daß sie sich an den Vertrag von Versailles nicht mehr für gebunden halte [25].
Dr. Sieburg [26] teilte namens der im rheinisch-westfälischen Landbunde organisierten Landwirte mit, daß er die Auffassung des Herrn Dr. Jarres teile.
Herr Rusch wies dementgegen darauf hin, daß die Reichsregierung auf breitester Basis stehe und daher das Vertrauen aller Kreise beanspruchen könne. Die Eisenbahner ständen jedenfalls hinter ihr.

19 Danach im Original gestrichen: „unabänderliche".
20 Danach im Original gestrichen: „und sind gewillt, uns jeder deutschen Regierung gegenüber mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für ihre Aufrechterhaltung bei Verhandlungen einzusetzen."
21 S. dazu auch u. Anm. 28, die Ausführungen des Abg. Quaatz in der Fraktionssitzung der DVP am 25.9.23.
22 Möglicherweise handelt es sich um das Mitglied des westf. Provinzialausschusses Bergwerksdirektor Müller aus Castrop.
23 Wahrscheinlich Kurt Martmöller vom Bergarbeiterverband.
24 Leuschner dürfte als Vertreter des hess. IMin. gesprochen haben.
25 In seiner Aufzeichnung „Meine Beteiligung am Ruhrkampf und seiner Liquidierung" (BA: NL Jarres 49) gibt Jarres eine Zusammenfassung seiner Vorstellungen, die er dem Abwehrausschuß (Denkschrift vom 21.9.23, BA: NL Jarres 7) und in dieser Besprechung vorgetragen hatte: „Ich war der Auffassung, daß die Lösung des Ruhrkonfliktes nicht auf dem Verhandlungswege mit Frankreich, sondern nur durch einen europäischen Konflikt, eine internationale Einmischung erfolgen könne. Ich habe deshalb vorgeschlagen: ‚Deutschland solle sich gestützt auch auf das Gutachten der englischen Kronjuristen wegen des durch den Feind mit dem Ruhreinbruch begangenen Völkerrechts- und Friedensvertragsbruches von dem Friedensvertrag wenigstens solange den Einbruchsmächten gegenüber befreit erklären, bis völkerrechts- und vertragsmäßige Zustände am Rheine wieder hergestellt seien.' Ich war mir im Klaren darüber, daß das eine augenblickliche, mit größtem Drucke und Opfer verbundene akute Zuspitzung der Dinge bedeuten, aber die unhaltbare Lage am schnellsten klären wurde. [...] In dem Abwehrausschuß wurde dieser mein Vorschlag von der Arbeitnehmerseite, insbesondere von Mehlich und Meyer abgelehnt. Man hielt den Vorschlag für verwegen und gefährlich, während die Vertreter der Arbeitgeber, insbesondere Herr von Löwenstein und die übrigen Vertreter des Bergbaues meine Auffassung teilten. Auch Herr Regierungspräsident Grützner stand innerlich, wenn auch weniger ausgesprochen, auf meinem Standpunkt. [...]" Zur Sitzung am 24. 9. nachmittags schreibt Jarres, daß die Arbeitnehmer den Regierungsstandpunkt geteilt hätten. „Ich hatte in dieser Sitzung eigentlich nicht die Absicht zu sprechen, da mir Stresemann am Vormittage schon erklärt hatte, er könne sich keinesfalls auf meinen Standpunkt stellen (in der Reichsregierung waren die Meinungen geteilt: die Minister Brauns, Geßler und Dr. Luther standen mehr oder weniger auf meinem Standpunkte). Die Vertreter der Industrie, insbesondere Dr. Vögler, bewogen mich jedoch unsere abweichende Stellung zum Ausdruck zu bringen [vgl. u. Anm. 28]. Ich habe das auch getan und in kurzen Zügen die Auffassung meiner Denkschrift vorgetragen. Wenn es auch nicht zur Abstimmung kam, so war zweifellos ein beachtlicher Teil der Versammlung meiner Auffassung; insbesondere versicherte mir das der bayerische Gesandte von Preger mit dem Bemerken, daß die bayerische Regierung völlig meine Auffassung teile. [...] Zu einer Abstimmung kam es nicht, zweifellos konnte aber Stresemann feststellen, daß die überwiegende Mehrzahl der Versammlung seiner Auffassung sei und meinen Vorschlag ablehne." E. Mehlich schrieb im Rückblick auf diese Sitzung am 20.11.23 dem PrIM Severing: „Was Jarres will, ist die Inaugurierung einer Revanchepolitik, die unfehlbar in kürzester Zeit zu einem Krieg führen müßte, der Rheinland und Westfalen zu einem Trümmerfeld machte. Ich verstehe nun nicht, wie ihn Stresemann, der ihm noch am 24. September entgegentrat, ins Kabinett aufnehmen konnte" (Arch. soz. Dem.: NL Severing Mappe 13/32).
26 Gemeint ist vielleicht der VizePräs. des Provinzialschulkollegs in Koblenz Siebourg.

Herr Männe [27] stellte fest, daß es sich nicht darum handele, ob der Widerstand aufgegeben werden müsse, sondern wie dies geschehen soll. Die Würde des Deutschen Reichs müsse dabei gewahrt bleiben und die Rückkehr der Vertriebenen sowie Amnestie der Verurteilten erzielt werden.
Dr. Falk sprach seine Anerkennung aus für die männlichen Worte des Oberbürgermeisters Jarres, stellte jedoch zur Erwägung, ob sein Vorschlag nicht die bedenklichsten Folgen für die Bevölkerung des besetzten Gebiets zeitigen würde. Erst, wenn es zu den Vertragsverhandlungen mit den Franzosen komme, käme die Eventualität in Frage, für welche Herr Jarres den Abbruch der Beziehungen mit Frankreich fordere.
Der *Herr Reichskanzler* bedauerte das Entstehen von Meinungsverschiedenheiten und stellte fest, daß weder er noch die Reichsregierung sich einem falschen Optimismus hingebe. Andererseits erfordere die auf ihr ruhende Verantwortung, daß sie nicht eine Situation als gegeben annehme, ehe sie tatsächlich eingetreten sei. Weder Kabinett noch Reichspräsident würden jemals einen Vertrag unterzeichnen, der deutsches Gebiet preisgebe. Vor diese Entscheidung würden sie jedoch erst bei den eigentlichen Verhandlungen gestellt. Heute schon die Beziehung zu den Einbruchsmächten abzubrechen und den Versailler Vertrag abzulehnen, hieße die Bevölkerung des besetzten Gebiets ihrem Schicksal überlassen und jede Rechtsbasis zu beseitigen, auf Grund derer gegebenenfalls andere Mächte zu Gunsten Deutschlands ihren Einfluß geltend machen könnten [28].
Dr. Mehler [29] schloß sich der Auffassung des Oberbürgermeisters Jarres an und wies auf die letzten Ereignisse in Bayern hin, die bei einem Nachgeben der Regierung für die Einheit des Reiches zu Befürchtungen Anlaß gäben [30].
Herr Ritter [31] schloß sich der Auffassung des Herrn Reichskanzlers an.
Herr Mehlich bestritt, daß die Auffassung des Herrn Jarres von der Mehrheit der Bevölkerung des besetzten Gebiets geteilt werde. Sie hätten Vertrauen zum Reichskanzler und zum Ministerium.
Herr Lenel [32] bat namens der Eisenbahner, daß alles geschehen möge, um die Rückkehr zur Arbeit zu erleichtern.
Herr Meier erklärte, daß die freien Gewerkschaften nicht bereit sein würden, den Weg des Herrn Jarres zu beschreiten.

---

27 Vielleicht der Siegener Geschäftsführer Gustav Menne.

28 Innerhalb der RT-Fraktion der DVP gab es eine eindeutige Opposition gegen diese Vorstellungen Stresemanns. U. a. erklärte am 25.9.23 Dr. Quaatz: „Die logische Form [einer Kapitulation] wird die Schaffung eines selbständigen Rheinstaates sein, und was mutet man der Bevölkerung zu? Die Beamten sollen für die Gegner arbeiten, die Wirtschaft soll sich dazu hergeben, das Pfand des Gegners produktiv zu machen. Ich spreche damit kein Urteil über die Kapitulation, ich frage aber, ob die Fraktion sie wird decken können. Die mindeste Voraussetzung ist für mich: Kündigung des Friedensvertrages und Vorbereitung des Kampfes, den wir heute noch nicht führen können. Wer diese Vorbereitungen im Volke nicht mitmachen will, muß mit bewaffneter Hand zu Boden geschlagen werden". Und seitens Dr. Vöglers wurde erklärt: „Die Aufgabe des passiven Widerstandes brauchte sich nicht auf die politischen Beamten des besetzten Gebietes beziehen. Dr. Quaatz hat in der logischen Beurteilung der Entwicklung unzweifelhaft Recht. Gute Außenpolitik kann man nur treiben, wenn der Wirtschaftsminister ordentliche Innenpolitik macht. Falsche Innenpolitik ist die Ursache der Kapitulation. Alles was Stresem. gestern zur Begründung der Aufgabe des passiven Widerstandes sagte, war absolut falsch. Ich wollte ihm in diesem Gremium aber nicht entgegentreten. Wenn sich der Reichskanzler nicht entschließen kann, eine kraftvolle Wirtschaftspolitik zu treiben, dann dürfen Sie ihm kein neues Vertrauensvotum geben, sonst sind Sie mitschuldig daran, daß unsere Wirtschaft und mit ihr unser Volk zu Grunde gerichtet werden." Ohne Widerspruch wurde der Antrag Gildemeister angenommen: „Die Fraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Aufgeben des passiven Widerstandes nicht gleichbedeutend mit einer Kapitulation vor Frankreich ist. Die Aufgabe des passiven Widerstands darf deshalb nicht als Mittel zur Anbahnung von Verhandlungen angesehen werden" (Pol. Arch.: NL Stresemann 87).

29 Möglicherweise handelt es sich um den Maschinenfabrikanten und Handelsgerichtsrat bei der Kammer für Handelssachen Aachen Mehler.

30 Zur politischen Bewegung in Bayern s. die Halbmonatsberichte der RegPräs. für die Zeit vom 16.–30.9.23 bei E. Deuerlein, Hitlerputsch, Dok. Nr. 19, 20, 27–29. Der Vertreter der RReg. in München von Haniel hatte am 22. 9. berichtet, daß für die weitere Entwicklung entscheidend erscheine, in welcher Form der Abbruch des passiven Widerstandes erfolge. Die radikale Rechte erwarte, daß der VV für null und nichtig erklärt werde, die gemäßigten Gruppen hofften auf eine Beendigung in würdiger Form. Sollte Stresemann unter innenpolit. Druck zum Rücktritt gezwungen und dann eine sozialistische Regierung gebildet werden, würde das „die dringende Gefahr einer Lossagung Bayerns vom Reiche in sich bergen", der sich die bayer. Regierung nicht zu widersetzen vermöge (R 43-I/2233, Bl. 287–288).

31 Vielleicht der Erste Bürgermeister von Mannheim Robert Ritter.

32 Richard Lenel war Präs. der Handelskammer in Mannheim.

Der *Herr Reichskanzler* erklärte, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlägen, die Aussprache für beendet und stellte fest, daß die weitüberwiegende Mehrheit der Anwesenden der von ihm vorgetragenen Auffassung der Reichsregierung beipflichte.
Der Widerstand habe großes geleistet, das deutsche Volk geeint und einen tiefen Eindruck auf die Welt hervorgerufen. Man könne deshalb mit Stolz auf die Vergangenheit blicken.
Was die Zukunft anbelange, so glaube er an das deutsche Volk, dessen Staatsidee hochgehalten werden müsse. An dieser Staatsidee und an der Reichseinheit müsse unverbrüchlich festgehalten werden [33].

[33] Über die Nachmittagssitzung vom 24.9.23. berichtete Moldenhauer seinen Parteifreunden am folgenden Tag in der Fraktionssitzung: „Nachmittags fand eine erweiterte Sitzung mit Vertretern des besetzten Gebietes statt, in der Louis Hagen eine von uns redigierte Erklärung abgab. Danach sehr lange Debatte. Von keiner Seite wurde Fortsetzung des passiven Widerstandes verlangt. Dagegen war Gegenstand des Streites, ob man Vertrag von Versailles als zerrissen erklären solle. Jarres war dafür, Stresemann dagegen. Nach der Sitzung waren Zapf und ich bei Stresemann, um mit ihm unsere Besorgnisse über den Verhandlungsmodus zu besprechen. Wir waren uns im wesentlichen mit Stresemann einig“ (Pol. Arch.: NL Stresemann 87).

Zitierhinweis

Nr. 77 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr in: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Stresemann, bearb. von Karl-Dietrich Erdmann Martin Vogt, 1978, S. 339–345 (Digitale Fassung, hrsg. von dem Präsidenten und dem Sekretar der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und von Michael Hollmann für das Bundesarchiv). https://aktenreichskanzlei.bundesarchiv.de/dokumente/str-D77